

## Landtagswahl Schleswig-Holstein 2022

Folgende Fragen wurden den Parteien anlässlich der Landtagswahl Schleswig-Holstein mit Bitte um Positionierung und Begründung ihrer Position gestellt:

Frage 1	1. Unterstützen Sie den Vorschlag des DBfK nach einem Pflegeberufegratifikationsschein (PBGS) zur Kompensation von Belastungen und Anerkennung von Leistungen im Pflegeberuf (u.a. reduzierte Arbeitszeit ab 50. Lebensjahr, Möglichkeit des früheren Renteneintritts)? <i>*Positionspapier zum PBGS liegt bei</i>	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
<b>CDU</b>	Den Vorschlag eines Pflegeberufegratifikationsscheins zur Kompensation von Belastungen und zur Anerkennung von Leistung im Pflegeberuf finden wir interessant. Zusätzliche Anreize und staatliche Förderung halten wir für das richtige Mittel, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen. Den Vorschlag nehmen wir daher gerne in unsere weiteren Beratungen mit auf.	Ja
<b>SPD</b>	Die Arbeitsbelastung der beruflich Pflegenden muss reduziert und Leistungen anerkannt werden. Die SPD setzt sich hierfür mit verschiedenen Maßnahmen ein. Hierzu gehören auch altersgerechte Arbeitsstrukturen und eine Arbeitszeitverkürzung in der Pflege. Der Vorschlag des DBfK ist eine gute Anregung und muss diskutiert werden.	Ja
<b>B'90/GRÜNE</b>	Wir sind offen für alle Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege führen. Über die Möglichkeit des früheren Renteneintritts entscheidet jedoch die Bundesregierung. Unser Ziel ist es mehr Fachkräfte für die Pflege zu gewinnen.	Teils-Teils
<b>FDP</b>	Wir unterstützen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe. Solche Vereinbarungen, zum Beispiel reduzierte Arbeitszeiten, sind jedoch im Sinne der Tarifautonomie von den Tarifpartnern zu treffen.	Teils-Teils
<b>SSW</b>	Wir halten die Idee des PBGS und die hiermit verbundenen Maßnahmen zur Kompensation der Arbeitsbelastungen der beruflich Pflegenden für durchaus charmant. Da hiermit aber erhebliche finanzielle Auswirkungen (nicht zuletzt auf unser Rentensystem) verbunden sind, sollte dieser Vorschlag dennoch sorgfältig geprüft werden. Dies werden wir gerne gegenüber der zuständigen Bundesebene anregen und darauf drängen, dass analoge Regelungen für weitere Berufsgruppen (wie etwa Handwerkende) geprüft werden. Denn auch in anderen Bereichen sind die physischen und psychischen Belastungen so hoch, dass eine 40-Stunden-Woche bis zum Renteneintritt schlicht unrealistisch ist.	Ja

Frage 2	2. Planen Sie die Förderung einer bevorzugten Zuteilung von Kita-, Hort- und anderen Betreuungsplätzen für Kinder beruflich Pflegender, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
CDU	Als CDU Schleswig-Holstein sehen wir diesen Vorschlag kritisch. Wir halten eine bevorzugte Zuteilung nach Berufsstand der Eltern nicht für den richtigen Weg. Wir wollen für alle Familien sicherstellen, dass die benötigten Betreuungsplätze vorhanden sind, sowohl hinsichtlich der Örtlichkeit der Kita als auch des gewünschten Betreuungsumfangs. Mit der Kita-Reform in dieser Legislaturperiode haben wir deshalb bereits das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gestärkt. Unser Ziel ist es, Familien insgesamt gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu bieten, indem wir für eine flexible und familienfreundliche Kinderbetreuung sorgen.	Nein
SPD	Während der Corona-Pandemie haben wir uns für eine bevorzugte Betreuung von Kindern mit Eltern in systemrelevanten Berufen wie den beruflich Pflegenden eingesetzt. Ansonsten setzen wir uns für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für alle Familien ein. Betriebskitas sind besonders in der Pflege ein weiterer Baustein für ein attraktives Arbeitsplatzangebot.	Teils-Teils
B'90/GRÜNE	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte für Menschen in allen Berufsgruppen verbessert werden.	Nein
FDP	Wir sehen die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die damit verbundene Kinderbetreuung als sehr wichtiges Thema. Daher haben wir mit der Kita-Reform umfangreiche Verbesserungen auf den Weg gebracht und werden dies fortführen. Wir sprechen uns aber dagegen aus, eine einzelne Gruppe bei der Verteilung von Betreuungsplätzen zu bevorzugen. Wir wollen jedem Kind eine Betreuungsmöglichkeit bieten.	Nein
SSW	Im Kitabereich stehen wir nicht zuletzt beim Platzausbau vor großen Herausforderungen. Hierfür setzen wir uns ebenso ein, wie für Qualitätsverbesserungen und die Beitragsfreiheit für Kitaeltern. Über Betriebskitas an Kliniken (wie etwa am UKSH) hinaus sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Möglichkeit einer bevorzugten Zuteilung von Plätzen für Kinder beruflich Pflegender. Wir werden die Frage nach Kita- Hort- und anderen Betreuungsplätzen für Kinder von Eltern aus sämtlichen systemrelevanten Gruppen jedoch gerne in die Diskussion einbringen.	Teils-Teils

<b>Frage 3</b>	<b>3. Wird Ihre Partei (neben möglichen bundesgesetzlichen Vorgaben zur Personalbemessung) auch verbindliche Pflegepersonalvorgaben im Krankenhausgesetz und im Selbstbestimmungsstärkungsgesetz Schleswig-Holsteins verankern und deren Einhaltung kontrollieren?</b>	<b>Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)</b>
<b>CDU</b>	Ausreichendes Pflegepersonal in den Pflege-Einrichtungen und Krankenhäusern ist unverzichtbar. Bundesgesetzliche Vorgaben zur Personalbemessung halten wir für richtig. Ob und inwieweit sich daneben durch landesgesetzliche Regelungen zur Personalbemessung zusätzliche Vorteile erzielen lassen, können wir noch nicht abschließend beurteilen, so dass hierzu aus unserer Sicht noch Beratungsbedarf besteht.	Keine Antwort
<b>SPD</b>	Vorgaben zur Personalbemessung sind wesentlich zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Entlastung der beruflich Pflegenden. Diese fordern wir seit Jahren. Wir hoffen auf schnelle bundesgesetzliche Vorgaben. Diese müssen sich dann auch in Landesgesetzen widerspiegeln.	Ja
<b>B'90/GRÜNE</b>	Wir sind für verbindliche bundesweit einheitliche Pflegepersonalvorgaben. Diese gelten dann auch in Schleswig-Holstein, so dass sie nicht einzeln in den Landesgesetzen aufgegriffen werden müssen.	Teils-Teils
<b>FDP</b>	Eine ausreichende Personalausstattung ist selbstverständlich erforderlich. Regelungen zu Personalvorgaben haben wir in den genannten Gesetzen bereits aufgenommen, teils in Form einer Verordnungsermächtigung für das zuständige Ministerium, um eine notwendige Flexibilität zu erhalten. Gesetzliche Regelungen müssen selbstverständlich kontrolliert werden.	Teils-Teils
<b>SSW</b>	Wir sehen in einer verbindlichen Personalbemessung nicht nur den Schlüssel gegen die strukturelle Überlastung der Pflegefachkräfte, sondern auch für eine menschenwürdige Pflege. Deshalb findet sich die Forderung nach verbindlichen Bundesvorgaben auch ganz oben in unserem Wahlprogramm. Auch wenn wir wissen, dass der Fachkräftemangel nicht nur überall spürbar ist, sondern diesem Ziel auch zuwiderläuft, werden wir uns sehr gerne für flankierende Vorgaben (und Kontrollmöglichkeiten) auf Landesebene einsetzen.	Ja

Frage 4	4. Planen Sie zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgungsstruktur Pflegefachpersonen mit erweiterten Kompetenzen in der Regelversorgung einzusetzen – z.B. Community Health Nurses, Schulgesundheitspflegende?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
<b>CDU</b>	Der Gedanke von Community Health Nurses oder Schulgesundheitspflegenden findet sich im CDU Landtags-Wahlprogramm insofern wieder, als dass wir die Einführung von Gemeindepflegerinnen und -pfleger sowie von Gesundheitslotsinnen – und lotsen prüfen wollen, um die Versorgung gerade im ländlichen Raum zu verbessern.	Ja
<b>SPD</b>	Die SPD hat sich hier schon stark gemacht und einen Antrag zur Einführung von Schulgesundheitsfachkräften gestellt, der von der Jamaika-Koalition kürzlich abgelehnt wurde, ebenso wie unser Antrag zur Einführung des Präventiven Hausbesuchs. Das Berufsbild der „Community Health Nurse“ ist eine wichtige Ergänzung der Versorgungsstruktur und wir wollen dies gern umsetzen.	Ja
<b>B'90/GRÜNE</b>	Ja, wir setzen uns dafür ein, dass ergänzende Pflegestrukturen aufgebaut werden.	Ja
<b>FDP</b>	In der Pflege muss selbstverständlich für eine auskömmliche Personalausstattung mit Fachpersonal gesorgt werden. Neben der Ausweitung geförderter Ausbildungsplätze und einem zweiten Studienstandort für ein Pflegestudium, stehen wir auch neuen Berufsbildern wie z.B. dem Physician Assistant offen gegenüber.	Ja
<b>SSW</b>	Mit der Forderung nach einer Art Gemeindegeschwester mit erweiterten Kompetenzen rennt der DBfK offene Türen beim SSW ein. Wir haben mehrfach den flächendeckenden Einsatz solcher Pflegefachpersonen gefordert. Leider hat sich die Jamaikakalition nicht einmal zu Modellprojekten durchringen können. Daher werden wir diese Forderung nach der Wahl selbstverständlich erneut einbringen.	Ja

Frage 5	5. Haben Sie nach dem Kammer-Aus konkrete Pläne zur systematischen politischen Partizipation von Pflegefachpersonen in Fragen der gesundheitlichen Versorgung in Schleswig-Holstein?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
<b>CDU</b>	Mit der Abschaffung der Pflegeberufekammer sind wir dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der Pflegekräfte gefolgt, die die Pflegeberufekammer mit den damit verbundenen Zwangsbeiträgen abgelehnt haben. Anstelle einer von oben verordneten Pflegeberufekammer war es der bessere Weg, die Pflegekräfte in die Entscheidung einzubeziehen und selbst über den Fortbestand der Pflegeberufekammer abstimmen zu lassen. Als CDU Schleswig-Holstein wünschen wir uns auch zukünftig eine politische Partizipation von Pflegefachpersonal und werden dazu einen engen Dialog mit dem Berufsverband für Pflegekräfte führen.	Ja
<b>SPD</b>	Trotz des Aus der PBK SH ist es notwendig die Eigenverantwortung in der Pflege zu stärken. Wir werden zeitnah nach der Wahl mit den Akteuren der Pflegeberufe ins Gespräch gehen, um gemeinsam nach Alternativen zu suchen. Gleichzeitig begrüßen wir, dass der Koalitionsvertrag auf Bundesebene eine Stärkung der Selbstverwaltung der Pflege vorsieht.	Teils-Teils
<b>B'90/GRÜNE</b>	Ja, wir möchten eine Pflegebeauftragtenstelle einrichten, an die sich alle Pflegekräfte und Personen, die gepflegt werden oder Angehörige pflegen, kostenlos wenden können.	Ja
<b>FDP</b>	Die Pflegekräfte müssen aus unserer Sicht selbst entscheiden, in welcher Form und in welchem organisatorischen Rahmen sie ihre Interessen vertreten wollen. So haben sie auch mit überwältigender Mehrheit für die Auflösung der Pflegeberufekammer gestimmt. Wir unterstützen dazu einen demokratischen, auf breite Beteiligung fußenden Prozess, ohne aber parteipolitische Zielvorstellung gegen den Mehrheitswillen der Pflegekräfte durchsetzen zu wollen. Eine von den Pflegekräften in Mehrheit getragene Organisation sollte dann bei sämtlichen landesrechtlichen Vorschriften, die die Ausübung des Pflegeberufs betreffen, einbezogen werden.	Teils-Teils
<b>SSW</b>	Im Gegensatz zu anderen Parteien hat der SSW sowohl die Kammeridee wie den Prozess um die Abschaffung der Kammer konstruktiv begleitet. Nun ist es an den Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass Pflegefachkräfte gehört werden und zu ihren Rechten kommen. Als flankierende Maßnahme prüfen wir jedoch auch die Einführung einer oder eines unabhängigen Pflegebeauftragten (Stichwort „Chief Nursing Officer“).	Teils-Teils

Frage 6	6. Unterstützen Sie ein Einstiegsgehalt von 4.000 EURO brutto für Pflegefachpersonen, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen und langfristig zu halten?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
<b>CDU</b>	Die anspruchsvolle und fordernde Arbeit in der Pflege hat eine faire Vergütung verdient. Deshalb wollen wir die Verdienstmöglichkeiten in der Pflege verbessern. Außerdem setzen wir uns für attraktive Rückkehrerprogramme, die Bereitstellung von Assistenz- und Unterstützungssystemen und die Steigerung der Ausbildungsplätze in der Kranken- und Altenpflege ein, um ebenso die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern. Die Festlegung der genauen Höhe von Einstiegsgehältern obliegt allerdings den Tarifpartnern und ist somit keine Entscheidung der Politik.	Keine Antwort
<b>SPD</b>	Die Wertschätzung für diese gesellschaftlich so wichtigen Berufe müssen sich auch in höheren Löhnen widerspiegeln. Wir setzen uns für gute Tariflöhne in der Pflege ein. Außerdem fordern wir eine spürbare Erhöhung der Zuschläge für ungesunde und familienunfreundliche Schichten sowie Gehaltserhöhungen nach Fort – und Weiterbildungen.	Teils-Teils
<b>B'90/GRÜNE</b>	Das ist eine sinnvolle Forderung, die wir unterstützen, aber: Gehälter werden von den Tarifpartnern festgelegt.	Ja
<b>FDP</b>	Für uns ist klar, dass sich die Arbeitsbedingungen und damit auch die Bezahlung der Pflegekräfte verbessern müssen. Die Festlegung von Einstiegsgehältern sollte aber nicht durch den Staat erfolgen, sondern durch die Tarifpartner, da es sonst ein zu starker Eingriff in die Tarifautonomie wäre.	Teils-Teils
<b>SSW</b>	Wir haben immer betont, dass beruflich Pflegenden einen echten Knochenjob machen und mehr verdienen. Daher halten wir ein höheres (Einstiegs)Gehalt für examinierte Pflegefachkräfte - nicht zuletzt auch als Teil einer größeren Wertschätzung - für dringend erforderlich.	Ja

Frage 7	7. Wird Ihre Partei die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Praxisanleitung in der Pflegeberufsqualifikation kontrollieren?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
<b>CDU</b>	Ja, wir werden die gesetzlich vorgeschriebene Praxisanleitung unterstützen. Die Praxisanleitung ist ein zentraler Schlüssel für die Ausbildung und wir wollen dafür Sorgen tragen, dass Zeit und Raum für eine angemessene Praxisanleitung zur Verfügung steht. Die Kontrolle ist jedoch Aufgabe der zuständigen Fachverwaltung. Im Landtag werden wir auf die Umsetzung Acht geben.	Ja
<b>SPD</b>	Die Praxisanleitung ist ein zentrales Element der Pflegeausbildung. Davon hängt auch eine erfolgreiche Pflegeausbildung ab. Wir prüfen, wie eine Kontrolle sinnvoll und möglich ist.	Ja
<b>B'90/GRÜNE</b>	Ja, das halten wir für wichtig und sinnvoll.	Ja
<b>FDP</b>	Gesetzliche Vorgaben sind selbstverständlich umzusetzen und müssen entsprechend kontrollierbar sein.	Ja
<b>SSW</b>	Aus Sicht des SSW müssen selbstverständlich auch für die gesetzlich vorgeschriebene Praxisanleitung Qualitätsstandards gelten und eingehalten werden. Hierfür werden wir uns daher gerne einsetzen.	Ja



Frage 8	8. Unterstützen Sie die Forderung des DBfK, den Anteil der hochschulischen Ausbildungsquoten durch zusätzliche pflegebezogene Studienplätze und Studiengänge an Hochschulen und Universitäten auf mindestens 30% zu erhöhen?	Zustimmung? (JA, NEIN, TEILS/TEILS, keine Antwort)
<b>CDU</b>	Als CDU unterstützen wir den Ausbau der Pflegestudiengänge an unseren Hochschulen. Deshalb haben wir bereits gehandelt: Wir werden an unseren Fachhochschulen einen neuen und zusätzlichen Pflegestudiengang einrichten, sodass die Pflegeberufe weiter gefördert werden. Für die Einrichtung des Pflegestudienganges stellen wir zunächst 500.000 Euro bereit, welche ab 2023 dauerhaft auf 1,5 Mio. Euro anwachsen werden. Damit wollen wir 100 neue Studienplätze schaffen. Wir gehen davon aus, dass wir damit die Zahl der Studienplätze mehr als verdoppeln und die Zahl der Absolventinnen und Absolventen um weit mehr als 30% erhöhen.	Ja
<b>SPD</b>	Die SPD hat in der Küstenkoalition den pflegewissenschaftlichen Studiengang in Lübeck eingeführt. Wir wollen die Anzahl der Studienplätze für eine akademische Pflegeausbildung in Schleswig-Holstein weiter erhöhen, um den komplexeren Anforderungen an den Pflegeberuf und in der Gesundheitsversorgung gerecht zu werden. Unser Ziel ist es daher, weitere Pflegestudiengänge an Hochschulen und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein einzurichten.	Ja
<b>B'90/GRÜNE</b>	Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass ein zusätzlicher Pflegestudiengang in Schleswig-Holstein eingerichtet wird. Die Anzahl der Studienplätze wollen wir schrittweise erhöhen, das Ziel von 30 Prozent erscheint uns dabei sinnvoll, wird allerdings aus unserer Sicht nicht kurzfristig zu erreichen sein.	Ja
<b>FDP</b>	Wir setzen uns für einen zweiten Standort für ein Pflegestudium im Land ein. Eine konkrete Quote werden wir nicht vorgeben.	Teils-Teils
<b>SSW</b>	Der SSW hat in den vergangenen Debatten zur Akademisierung der Pflege regelmäßig Forderungen in diesem Sinne aufgestellt. Auch wenn in Schleswig-Holstein durchaus Pflegestudiengänge bzw. Studienplatzkapazitäten entstanden und entstehen, reicht uns das noch nicht. Daher werden wir uns selbstverständlich weiterhin in diesem Sinne einsetzen.	Ja